

Niederschrift

zur 4. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 28. Mai 2020, 17:30 Uhr in der Aegidius-Halle St. Ilgen, Pestalozzistr. 5-7 in Leimen-St. Ilgen

- öffentlich -

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 19.34 Uhr

Vorsitz: Oberbürgermeister Reinwald
Bürgermeisterin Felden

Stadträte: Dr. Anselmann, Peter
Appel, Hans
Bader, Richard
Baumann, Ursula
Bortz, Holger ab 18.24 Uhr
Feuchter, Klaus
Frühwirt, Ralf
Hahn, Alexander
Hassenpflug, Christa
Kettenmann, Britta
Kurz, Mathias
Lindenbach, Bruno
Müller, Julia
Müller, Nathalie
Dr. Pfisterer, Ulrike
Reinig, Michael
Dr. Sandner, Peter
Schilling, Christine
Stern, Wolfgang
Unverfehrt, Dietrich
Werner, Lisa-Marie
Woesch, Rudolf

Von der Verwaltung: 1 Stadtoberamtsrat Ullrich
1.2 Stadtamtsrätin Lutz, D.
2 Stadtoberverwaltungsrat Veith
3 Stadtoberamtsrat Kucs
Sozialamtsrat Federolf
6 Stadtverwaltungsrat Gora
Stadtamtsrätin Thißen
8 Angestellter Kuhn
Forstamtmann Reinhard

Angestellte Greiner
Protokollführerin

Gäste: Panja Küppers, Integrationsmanagerin der Stadt Leimen

T A G E S O R D N U N G

zur 4. Sitzung des Gemeinderats der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 28. Mai 2020,
17:30 Uhr in der Aegidiushalle, Pestalozzistraße 5-7 in Leimen - St. Ilgen

- öffentlich -

- | | | |
|------------|---|---------|
| 1. | Protokolle
- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen | |
| 2. | Gemeinderat
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung | 28/2020 |
| 3. | Zuwendungen
Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen
nach § 78 Abs. IV GemO | 29/2020 |
| 4. | Gutachterausschuss
Zweckverband Gemeinsamer Gutachterausschuss
Südöstlicher Rhein-Neckar-Kreis
Beitritts-, Zustimmung-, Übertragungs- und Vollzugsbeschluss | 30/2020 |
| 5. | Forst
Stadtwald Leitbild - Grundsätzen zur klimastabilen Waldbewirtschaftung | 31/2020 |
| 6. | Immissionsschutz - Lärmaktionsplan
Entwurf zum Lärmaktionsplan der Stufe 3 | 32/2020 |
| 7. | Personalangelegenheiten
Altersteilzeit | 33/2020 |
| 8. | Asylbewerber und Flüchtlinge
Fortführung des Integrationsmanagements | 34/2020 |
| 9. | EDV
Beschaffung von Lizenzen für MS-Office und Windows | 35/2020 |
| 10. | Verschiedenes | |
| 11. | Fragestunde | |

Oberbürgermeister Reinwald begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er stellt anschließend fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist und fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben.

1. **Protokolle**

- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Reinwald ruft das Protokoll Nr. 3 vom 30. April 2020 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte Bader und Hahn. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträtinnen Julia Müller und Schilling benannt.

2. **Gemeinderat** 28/2020 Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Oberbürgermeister Reinwald verliest die bekanntzugebenden Beschlüsse im Wortlaut.

Es ergeht folgender

Beschluss **(Kennwort: Gemeinderat)**

Der folgende nichtöffentliche Beschluss des Gemeinderates vom 30. April 2020 wird bekanntgegeben und zur Kenntnis genommen:

2. **Gutachterausschuss** 05/2020 Beschluss zur Neubestellung des Gutachterausschusses

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss **(Kennwort: Gutachterausschuss)**

1. Der Bestellung der Sachverständigen des Gutachterausschusses wird zugestimmt.
2. Der Bestellung der Vorsitzenden des Gutachterausschusses wird zugestimmt.
3. Der Bestellung des stellvertretenden Vorsitzenden wird zugestimmt.

3. **Zuwendungen** 29/2020 Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO

Die Stadträte Schilling, Feuchter, Werner, Reinig, Kettenmann, Dr. Pfisterer und Dr. Sandner erklären sich für befangen und verlassen den Sitz im Gremium.

Oberbürgermeister Reinwald schildert kurz den Sachverhalt.

Es ergeht folgender

Beschluss **(Kennwort: Zuwendungen)**

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmerei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen, oder auf Wunsch von Zuwendungsbestätigungen beauftragt.

Die Stadträte Schilling, Feuchter, Werner, Reinig, Kettenmann, Dr. Pfisterer und Dr. Sandner nehmen ihren Platz im Gremium wieder ein.

4. Gutachterausschuss 30/2020
 Zweckverband Gemeinsamer Gutachterausschuss
 Südöstlicher Rhein-Neckar-Kreis
 Beitritts-, Zustimmungs-, Übertragungs- und Vollzugsbeschluss

Oberbürgermeister Reinwald erläutert den Sachverhalt und geht dabei insbesondere auf die Aufgaben eines Gutachterausschusses, wie beispielsweise die Festlegung des Verkehrswertes, der Bodenrichtwerte und der Kaufpreissammlung ein. Das Bundesverfassungsgericht habe 2018 die Einheitsbewertung für die Bemessung der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt. Die bisherige Regelung dürfe bis Ende 2024 angewendet werden. Zurzeit gäbe es in Baden-Württemberg 677 Gutachterausschüsse, die momentan in den Gemeinden angesiedelt seien. Er informiert darüber, dass in den Sprengelkommunen der Entschluss gefasst worden sei, einen Zweckverband zu gründen, der den Gutachterausschuss trage. Er weist auf einen fehlerhaften Verweis in § 11 Absatz 3 hin. Dort müsse der Verweis § 9 Absatz 3 Ziffer d lauten. Sollte bis Ende 2024 keine Wertung vorliegen, könne die Grundsteuer gefährdet sein. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Reinig stellt noch einmal fest, dass Kaufpreisentwicklung und Bodenrichtwerte Aufgabe des Gutachterausschusses seien. Dieser sei in den einzelnen Gemeinden verortet. Die großen Aufgaben mit den vielen einfließenden Informationen seien für kleine Kommunen kaum noch leistbar. Daher sei es Gebot der Stunde, einen gemeinsamen Gutachterausschuss zu gründen, da dies eine große Kostenersparnis für die Mitglieder des Zweckverbandes bedeute. Der Vorlage würde daher voll und ganz zugestimmt. Der Sitz des Zweckverbandes werde in Leimen sein, was das Ansehen der Stadt Leimen stärke. Man halte es für gut und gerechtfertigt. Die Kostenaufteilung werde auch begrüßt.

Stadtrat Appel stimmt dem Gesagten zu. Die CDU-Fraktion plädiere für die Gründung des gemeinsamen Zweckverbandes. Die Aufgaben des Gutachterausschusses, sowie Präambel und Entwurf erhalte die Zustimmung. Man hoffe, dass alle Gemeinden der Gründung eines Zweckverbandes zustimmen.

Stadtrat Woesch betont, dass der Gutachterausschuss wichtige Aufgaben habe, gerade das Verkehrswertgutachten hinsichtlich der Berechnung der Grundsteuer. Je stärker der Zweckverband sei, desto besser. Der Zweckverband werde von der Fraktion der Freien Wähler ebenfalls begrüßt und man stimme zu.

Stadtrat Dr. Sandner erklärt, die auf Leimen zukommende Aufgabe im Rahmen des Zweckverbandes anzugehen, erscheine sinnvoll. Der Satzungsentwurf werde für sachgerecht

gehalten. Er merkt an, dass der Name „Südöstlicher Rhein-Neckar-Kreis“ nicht ganz korrekt sei. Die SPD stimme zu.

Stadtrat Feuchter

stellt fest, dass der Gutachterausschuss, so wie er zurzeit besteht, die Aufgaben gar nicht erfüllen könne. Es werde daher ein Zweckverband gebraucht. Dieser werde zwar unterm Strich Geld kosten und kein Geld einsparen, da Mitarbeiter benötigt werden. Auf die Stadt Leimen kämen 50 T € bis 70 T € zu. Aber diese Arbeit sei notwendig, um ab dem Jahre 2024 die Grundsteuer erwirken zu können. Er fragt, in welchem Gebäude der Gutachterausschuss untergebracht werden soll.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, dass der Gutachterausschuss im Bürgeramt in St. Ilgen im Obergeschoss untergebracht werden solle. Es würden etwa sieben Vollzeitstellen nötig. Er berichtet, dass sich die Kosten für den gesamten Verband auf 500 T € bis 560 T € betragen würden, wobei davon etwa 150 T € auf Leimen zu kämen.

Stadtrat Feuchter

möchte erfahren, wo die dort ansässigen Vereine alternativ untergebracht werden.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, dass dort nur Ausstellungsstücke gelagert worden seien. Die Kunewald-Exponate seien nach Kunewald gegeben worden. Mit den übrigen Beteiligten sei bereits gesprochen worden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen, bittet er um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss (Kennwort: Gutachterausschuss)

1. Der Gemeinderat stimmt der Gründung des „Zweckverband Gemeinsamer Gutachterausschuss Südöstlicher Rhein-Neckar-Kreis“ und der Übertragung nachfolgend benannter Aufgaben nach der Verordnung der Landesregierung über die Gutachterausschüsse, Kaufpreissammlungen und Bodenrichtwerte nach dem Baugesetzbuch (Gutachterausschussverordnung - Gu-AVO) gem. § 1 Abs. 1 Satz 2 GUAVO i.V.m. dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (GKZ) auf den „Zweckverband Gemeinsamer Gutachterausschuss Südöstlicher Rhein-Neckar-Kreis“ zu:
 - § 1 Abs. 1 S. 1 GuAVO: Bildung der Gutachterausschüsse für die Ermittlung von Grundstückswerten und für sonstige Wertermittlungen im Sinne von § 192 Abs. 1 BauGB, so dass dieser die Aufgaben nach § 193 BauGB nach Maßgabe der einschlägigen Vorschriften, insbesondere nach Maßgabe des Baugesetzbuchs (BauGB), der Verordnung über die Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken (Immobilienwertermittlungsverordnung-ImmoWertV), der GuAVO sowie die entsprechenden Richtlinien wahrnehmen kann.
 - § 1 Abs. 1 S. 4 GuAVO: Mitteilung der Bildung eines Gutachterausschusses nach § 1 Abs. 1 S. 2 GuAVO mit den Angaben nach § 15 Abs. 3 GuAVO und den getroffenen Vereinbarungen nach § 1 Abs. 1 S. 3 GuAVO an die Zentrale Geschäftsstelle.

- § 1 Abs. 1a GuAVO: Zurverfügungstellung einer geeigneten Personal- und Sachmittelausstattung für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung des Gutachterausschuss.
 - § 2 Abs. 1 GuAVO: Bestellung des Vorsitzenden und der ehrenamtlichen weiteren Gutachter des Gutachterausschusses unter Berücksichtigung von § 192 Abs. 3 BauGB.
 - § 4 Abs. 1 GuAVO: Abberufung eines Gutachters, wenn die Bestimmungsvoraussetzungen entfallen sind oder ein Ausschließungsgrund vorliegt.
 - § 8 Abs. 1 GuAVO: Einrichtung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses.
2. Der Gemeinderat beschließt den Beitritt der Gemeinde zum „Zweckverband Gemeinsamer Gutachterausschuss Südöstlicher Rhein-Neckar-Kreis“ und beauftragt den Bürgermeister, die dieser Beschlussvorlage beigefügte Satzung für den „Zweckverband Gemeinsamer Gutachterausschuss Südöstlicher Rhein-Neckar-Kreis“ in der Fassung vom 12.05.2020 mit den weiteren Gründungsmitgliedern durch Unterzeichnung zu vereinbaren.
 3. Der Bürgermeister wird weiter beauftragt, die Genehmigung der Satzung des „Zweckverband Gemeinsamer Gutachterausschuss Südöstlicher Rhein-Neckar-Kreis“ beim Regierungspräsidium Karlsruhe als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde einzuholen oder mit gemeinsam mit den weiteren Gründungsmitgliedern den Vertreter eines Verbandsmitglieds im Sinne von § 9 Abs. 1 S. 3 der Satzung des „Zweckverband Gemeinsamer Gutachterausschuss Südöstlicher Rhein-Neckar-Kreis“ mit der Einholung der Genehmigung dieser Satzung beim Regierungspräsidium Karlsruhe als zuständiger Rechtsaufsichtsbehörde zu beauftragen .
Das Nähere regelt der Bürgermeister.

TOP 8 wird vorgezogen. Es erheben sich keine Einwände.

8. Asylbewerber und Flüchtlinge Fortführung des Integrationsmanagements

34/2020

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert kurz den Sachverhalt und bittet Integrationsmanagerin Panja Küppers zu Wort.

Integrationsmanagerin Panja Küppers
berichtet über die Aufgaben und das breite Tätigkeitsfeld eines Integrationsmanagers. Es würden drei offene Sprechstunden angeboten, zurzeit allerdings nur mit Termin. Das Team in Leimen bestünde aus vier Personen, wobei die Stellen durch das Land finanziert würden. Man sei sowohl für Flüchtlinge als auch für Aussiedler zuständig. Eine individuelle, auf den Menschen bezogene Beratung sei wichtig. Praktisch beziehe sich ihre Arbeit auf alles, was das Leben mit sich bringt. Das Arbeitsgebiet umfasse alle Bereiche des Lebens, wie beispielsweise Antragsstellung, Bewerbung, Kontaktaufnahme zu Ämtern, Therapieplatzsuche und

Papiere sortieren. Man arbeite eng mit dem Ausländeramt und dem Sozialamt der Stadt Leimen, sowie mit dem Ehrenamt zusammen. Es bestehe die Pflicht, täglich Statistik bezüglich der Kennzahlen zu führen, wer wie viele Personen weshalb betreut hat.

Nach wie vor gäbe es Probleme bei dem Verständnis der deutschen Bürokratie, der Zahlungsmoral, der Vertragsabschlüsse und der damit einhergehenden Verpflichtungen und den kulturellen Unterschieden. Das Sprachverständnis sei gemischt, aber bei vielen immer noch sehr schwierig. Auch die Arbeitsmoral gehöre zu den wichtigen Themen, die besprochen werden müssten.

Des Weiteren berichtet sie, dass vielen Personen eine Arbeit vermittelt werden konnte und viele auch hoch motiviert seien und gerne arbeiten würden.

Das Netzwerk innerhalb des Rhein-Neckar-Kreises sei gut ausgebaut. Das größte Ziel sei die Arbeitsvermittlung und die Hilfe zur Selbsthilfe.

Oberbürgermeister Reinwald

bedankt sich für den Bericht und die gute Arbeit, die das Team in Leimen leistet. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadträtin Nathalie Müller

dankt für das Engagement. Sie möchte wissen, wie viele der etwa 800 Personen bereits im Arbeitsmarkt integriert sind.

Integrationsmanagerin Panja Küppers

schätze, es handele sich um etwa 20 %, die auf eigenen Beinen stünden. Die Corona-Krise habe viele Kündigungen zur Folge gehabt, weshalb man quasi von vorne anfangen müsse.

Stadträtin Hassenpflug

fragt, ob sich die 859 Personen mit erhöhtem Betreuungsbedarf selbst bei den Integrationsmanagern melden müssen und wie hoch der Anteil ist, der tatsächlich kommt.

Integrationsmanagerin Panja Küppers

bejaht dies. Ein Stück weit Eigeninitiative könne erwartet werden. Sie schätze die Anzahl der Personen, die nicht regelmäßig, aber immer mal wieder kommen auf 500.

Stadtrat Frühwirt

möchte erfahren, ob die 20 % auf die 856 Personen bezogen sind, da nicht alle im arbeitsfähigen Alter seien.

Integrationsmanagerin Panja Küppers

erklärt, dass sich die 20 % auf die Personen im arbeitsfähigen Alter beziehe.

Stadtrat Hahn

dankt Frau Küppers ebenfalls für die Arbeit der Integrationsmanager. Man stimme der Vorlage selbstverständlich zu, da eine wichtige Arbeit geleistet werde. Er fragt, wieviel Zeit durchschnittlich pro Kunde aufgewendet wird.

Integrationsmanagerin Panja Küppers

erklärt, dass dies schwer zu sagen sei. Aktuell würden die Termine im Stundentakt vergeben. Aber man könne dazu keine pauschale Aussage treffen, da jeder Fall so individuell wie das Leben sei. Beispielsweise dauere das Schreiben einer Bewerbung

etwa zwei Stunden. In der Sprechstunde sei es nicht möglich, das gesamte Paket abzuarbeiten, daher seien oft Zusatztermine nötig.

Stadtrat Woesch

betont, dass die vielfältigen Aufgaben der Integrationsmanager wichtig und sinnvoll seien. Er dankt herzlich für die Tätigkeit. Die Maßnahme werde von der Fraktion der Freien Wähler begrüßt.

Stadtrat Dr. Sandner

stellt fest, dass die Aufgabe der Integrationsmanager noch lange nicht abgeschlossen sein werde. Dies sei eine generationsübergreifende Aufgabe. Angesichts der Tatsache der finanziellen Förderung durch das Land Baden-Württemberg sei die Aufgabe zu begrüßen. Er dankt dem Land Baden-Württemberg ausdrücklich dafür und besonders den Integrationsmanagern, Ehrenamtlichen und Angestellten der Stadt Leimen in diesem Bereich.

Oberbürgermeister Reinwald

dankt abschließend für die Ausführungen. Es werde die Förderungshöchstdauer angestrebt. Er bittet um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Asylbewerber und Flüchtlinge)

Die Maßnahme wird bis zur Förderhöchstdauer fortgesetzt.

5. Forst

31/2020

Stadtwald Leitbild - Grundsätzen zur klimastabilen Waldbewirtschaftung

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert den Sachverhalt mithilfe einer Präsentation (*Anlage 1 – Präsentation „Forst“*) und betont die Wichtigkeit des Waldes. Es handele sich bei dem Leitbild um eine Art freiwillige Selbstverpflichtung der Stadt Leimen. Das Leitbild solle die Waldbewirtschaftung noch mehr auf Nachhaltigkeit ausrichten. Er dankt besonders Herrn Rudi Kuhn, Leiter der Technischen Betriebe Leimen, und Förster Markus Reinhard für das Konzept. Er betont ausdrücklich, dass es möglich sei, das Konzept nachzuarbeiten, je nach wissenschaftlichen Erkenntnissen. Unter Umständen würde eine Nachsteuerung notwendig. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Reinig

dankt für die Einführung. Er weist darauf hin, dass der Gemeinderat bereits verschiedene Waldbegehungen gemacht habe. In St. Ilgen seien drastische Einschnitte im Waldbestand aufgefallen. Er weist auf den Spendenaufruf von Gremienkollege Bortz hin und bedankt sich bei ihm für die Idee. Es werde ein Paradigmenwechsel vorgenommen im Sinne von „Ökologie vor Ökonomie“. Dies sei ein richtungsweisender Schritt. Er dankt Herrn Reinhard und Herrn Kuhn für ihre Arbeit. Insgesamt stimme die GALL der Gremienvorlage voll und ganz zu und wünsche dem Wald Glück, dass die Maßnahme von Erfolg gekrönt sein möge.

Stadtrat Bortz nimmt ab 18.24 Uhr an der Sitzung teil.

Stadträtin Nathalie Müller

erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Leitbild vollumfänglich zustimme. Es werde eine dynamische Entwicklung des Leitbildes nötig sein, da der klimatische Wandel ebenfalls ein dynamischer Prozess sei. Die Sorge sei, dass die klimatische Entwicklung davongaloppiert.

Stadträtin Werner

erklärt, dass die Waldbegehung gezeigt habe, wie schlimm die Lage sei. Das Leitbild sei dazu geeignet, diese zu verbessern. Den im Leitbild genannten Zielen werde zugestimmt.

Stadträtin Schilling

ist der Meinung, dass dies der richtige Weg sei. Man stimme zu. Sie fragt, ob eine PEFC-Zertifizierung vorliegt.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dass die PEFC-Zertifizierung der Stadt Leimen seit 2003 vorliege.

Stadtrat Feuchter

glaube, das Konzept sei die Grundlage, aber der Klimawandel sei eben dynamisch. Er dankt für die gute Arbeit. Die FDP-Fraktion stimme zu.

Stadtrat Frühwirt

betont, dass man immer wieder nachschauen müsse, ob man auf dem Stand der Dinge sei. Er möchte wissen, was konkret geschieht. Daher bittet er, dass jährlich die Planungen und ein Rückblick im Rahmen des Hieb- und Kulturplans aufgezeigt werden.

Oberbürgermeister Reinwald

sagt zu, im jährlichen Bericht darauf einzugehen.

Stadtrat Appel

möchte erfahren, ob das Leitbild auch die Landwirtschaft betrifft, da bisher nur vom Wald gesprochen worden sei.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, dass sich das Leitbild nur auf den Wald beziehe. Im Konzept sei bezüglich der Landwirtschaft nichts vorgesehen.

Stadträtin Baumann

fragt, was sich hinter dem Begriff Rotkernbildung verbirgt.

Forstamtmann Reinhard

erklärt, dass es sich um eine Art Fäulnisprozess handelt, der bei älteren Bäumen auftreten könne. Den damit einhergehenden Wertverlust nehme man in Kauf.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen ergehen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Forst)

Den im Leitbild genannten Grundsätzen zur klimastabilen Waldbewirtschaftung wird zugestimmt.

6. Immissionsschutz - Lärmaktionsplan
Entwurf zum Lärmaktionsplan der Stufe 3

32/2020

Oberbürgermeister Reinwald schildert den Sachverhalt. In Stufe 3 werde es umfangreiche Maßnahmen geben. Ein interessanter Aspekt seien die Ruhezeiten, beispielsweise das Gebiet Stadtwald. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Reinig dankt der Stadt Leimen, die bei der Analyse des Lärms über die gesetzlichen Maßgaben hinausgegangen sei, wie zum Beispiel die Einbeziehung der Kreisstraßen. Die Rechtsprechung habe sich zugunsten der Anlieger und der Kommunen geändert. Die GALL-Fraktion stimme im Prinzip voll und ganz zu. Aus der Bevölkerung kamen Anfragen, die er klären möchte. Aus Gauangelloch kam die Anregung, die 30 km/h-Zone auszuweiten (Birkenweg/Kraichgaustraße), da eine Neubebauung entlang der Hauptstraße nicht miteinbezogen sei. Wünschenswert sei eine Tempo-30-Zone vom einen zum anderen Ortsschild. In Leimen sei es sinnvoll von der Rohrbacher Straße / Kurpfalzzentrum und westlich der Rohrbacher Straße die Tempo-30-Zone bis zum Ortsausgang durchzuziehen. In St. Ilgen sei es nicht nachvollziehbar, dass die Theodor-Heuss-Straße nicht gänzlich Tempo-30-Zone werden soll.

Oberbürgermeister Reinwald entgegnet, dass die Öffentlichkeit beteiligt werde. Er bittet um Stellungnahme der Anwohner und Bürger.

Stadtrat Kurz schließt sich dem Gesagten an. Er möchte erfahren, ab wann das auf der städtischen Homepage veröffentlicht wird. Zudem fragt er nach den Kriterien bei der Messung und wundert sich, warum Ochsenbach nicht miteinbezogen wurde, obwohl dort der Busverkehr durchführt und Rausfahrende stark beschleunigen. Er bittet, sich darüber Gedanken zu machen.

Oberbürgermeister Reinwald erläutert, dass es sich um berechnete Werte und nicht um gemessene Werte handele.

Stadtverwaltungsrat Gora ergänzt, dass die Einzelheiten der Bekanntgabe in der Rathaus-Rundschau und auf der Homepage noch geklärt werden müssten. Die Möglichkeit zur Stellungnahme werde gegeben.

Stadtrat Dr. Anselmann erklärt, dass Lärm erwiesenermaßen krank mache. Die Geschwindigkeit spiele beim Verkehrslärm eine große Rolle. Zehn Dezibel lauter bedeute eine Verdoppelung für

das menschliche Gehör, daher fände er die Werte laut Vorlage bedenklich. Eine Tempobegrenzung sorge für eine deutliche Entspannung des Lärmpegels. Die CDU-Fraktion sei dafür, diese Maßnahme umzusetzen.

Stadtrat Feuchter

stimmt seinen Vorrednern zu. Er verstehe nur nicht, warum die Anzahl der Einwohner erfasst wurde und findet dies aus datenschutzrechtlicher Sicht problematisch. Ansonsten stimme man der Vorlage zu.

Stadtverwaltungsrat Gora

erklärt, dass dies eine Vorgabe gewesen sei.

Oberbürgermeister Reinwald

ergänzt, es sei ein Unterschied, ob es sich um eine Lagerhalle oder ein bewohntes Haus handelt.

Stadtrat Bortz

erklärt, Fünfziger- und Dreißiger-Zonen seien schön und gut, aber er habe den Eindruck, dass sich ab 23 Uhr in der Rohrbacher Straße die Poserszene treffe. Bei Ausweitung der Dreißiger-Zone würde sich die Szene woanders hin verlagern.

Stadtrat Dr. Sandner

erklärt, dass die Fraktion der neuen Fassung des Lärmaktionsplans zustimme. Die Anregungen der Vorredner fände er gut, wo dies auch sinnvoll ist. Das gesamte Stadtgebiet mit einer Dreißiger-Zone zu überziehen werde auch begrüßt, wenn dies nötig sei.

Stadträtin Hassenpflug

ergänzt, dass die Strafen bei einer Dreißiger-Zone höher ausfielen. Wäre der Führerschein weg, würde dies weh tun und habe einen Umerziehungseffekt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Immissionsschutz - Lärmaktionsplan)

1. Dem Entwurf des Lärmaktionsplans der Stufe 3 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Träger öffentlicher Belange, sonstige Behörden, Verbände/Institutionen und die Öffentlichkeit zu beteiligen
3. Der Aufstellungsbeschluss mit dem Entwurf des Lärmaktionsplans ist öffentlich bekannt zu machen und für die Dauer von 1 Monat öffentlich auszulegen. Allen Interessierten ist es über die Homepage der Stadt Leimen zu ermöglichen, Anregungen, Vorschläge oder Einwendungen an die Stadt Leimen heranzutragen.

7. Personalangelegenheiten
Altersteilzeit

33/2020

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert die Gremienvorlage. Er schlägt vor, die Quote von 2,5 % auf 5 % zu erhöhen. Dies wäre ein Mittel, Fortschritte in der Altersstruktur der Mitarbeiter zu

erzielen. Dies wären gegenwärtig 20 Stellen. Er erklärt den Umstand, warum der Personalrat noch nicht zugestimmt hat. Der Personalrat konnte sich lediglich formal noch nicht damit befassen. In der nächsten Sitzung des Personalrates werde dies besprochen. Man gehe davon aus, dass zugestimmt wird.

Stadtrat Dr. Anselmann

erklärt, dass Altersteilzeit ein tariflicher Anspruch sei. Daher sei eine Diskussion über Sinn oder Unsinn nicht angebracht. Für das Rentensystem sei eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit sinnvoll, nicht die Altersteilzeit. Die Erhöhung um 3, 5 % sei innerhalb der Fraktion diskutiert worden. Für den Arbeitnehmer habe die Altersteilzeit nur Vorteile, für die Verwaltung nicht nur Nachteile. Die CDU-Fraktion plädiere dafür, die Grenze anzuheben, um den Punkt zu erreichen, wo bei Altersteilzeit eine Nachfolge gesichert ist. Man stimme mehrheitlich zu.

Stadträtin Kettenmann

wundert sich über die fehlende Zustimmung des Personalrats und den entstandenen Zeitdruck, da der Personalrat 14-tägig tage. Dies störe sie. Ansonsten schließt sie sich dem Gesagten an. Ein Unternehmen brauche eine Durchmischung in der Altersstruktur.

Stadtrat Frühwirt

schließt sich seinen Vorrednern an. Grundsätzlich erachte die GALL-Fraktion die Altersteilzeit für richtig und sinnvoll. In den letzten Jahren habe sich die Arbeit der Massen verdichtet, was für ältere Arbeitnehmer nicht immer machbar sei. Die Fraktion stimme der Vorlage zu, auch in Richtung 5 %.

Stadtrat Feuchter

erläutert den Grund für die Einführung der Altersteilzeit, aber die Realität sehe anders aus, da es an sich eine frühere Verrentung sei. Wenige Betriebe führten die Altersteilzeit noch ein oder hätten es abgeschafft. Die Begrenzung von 2,5% sei eben so, darüber hinaus habe man Pech. Dass laut Vorlage vom Personalrat nicht zugestimmt wurde, störe ihn.

Er stellt den Antrag bis zur schriftlichen Stellungnahme des Personalrats den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Zudem stellt er den Folgeantrag, wenn 2,5 % verändert werden, dann auf die Arbeitszeitreduzierung, aber nicht auf die Altersteilzeitreduzierung, zudem Feststellen der Mehrkosten.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, es führe nicht persé zu Mehrkosten. Es komme auf die Nachfolgestelle an.

Stadtrat Unverfehrt

erklärt, die SPD-Fraktion sehe das formelle Problem nicht so dramatisch. Es würden das Blockmodell und das Teilzeitmodell angeboten.

Stadtamtsrätin Lutz

sagt, es sei gesetzlich vorgesehen, beides anzubieten.

Stadtrat Unverfehrt

erklärt, man sei auf gutes junges Personal angewiesen. Die prozentuale Grenze sei willkürlich, daher sehe man bei der Einigung auf 5 % kein Problem. Man werde zustimmen.

Stadträtin Nathalie Müller

ist nicht damit einverstanden. Da es generell Nachwuchsprobleme im öffentlichen Dienst gäbe, erschließe es sich ihr nicht, wie die Altersteilzeit helfen soll. In der derzeitigen Situation dieses Modell aufzublasen, sei für sie nicht das richtige Statement.

Oberbürgermeister Reinwald

merkt an, dass der öffentliche Dienst wieder attraktiver sei und die Bewerbungslage sich geändert habe.

Stadtrat Frühwirt

meint, das Einzige, was sein Problem damit gewesen sei, war, dass es schwierig sein könnte, den Nachwuchs zu finden. Dies sei soeben entkräftet worden. Er frage sich zwar, wie lange das so bleibt, aber die Stadt Leimen solle als Arbeitgeber attraktiver werden. Daher sei die Einführung der Altersteilzeit als Benefit zu begrüßen. Auf dem Rücken der Arbeitnehmer solle nicht gespart werden.

Stadtrat Feuchter

entgegnet, schon sein Opa habe gesagt, der Beamtenrock ist ein langer Rock, aber ein enger Rock.

Oberbürgermeister Reinwald

weist auf das arbeitsrechtliche Günstigkeitsprinzip hin, weshalb man nicht weniger als 2,5 % ansetzen dürfe.

Er bittet um Abstimmung des Antrags auf Vertagung.

Mit 12 Stimmen dagegen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Frühwirt, Bortz, Julia Müller, Reinig, Dr. Sandner, Werner, Dr. Anselmann, Stern, Bader, Appel und Baumann) und 11 Stimmen dafür (Stadträte Feuchter, Hahn, Lindenbach, Dr. Pfisterer, Kettenmann, Woesch, Schilling, Kurz, Nathalie Müller, Unverfehrt und Hassenpflug) wird der Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes abgelehnt.

Oberbürgermeister Reinwald

stellt fest, dass der Folgeantrag rechtlich nicht zulässig ist.

Er bittet um Zustimmung des Beschlussvorschlags vorbehaltlich der Zustimmung des Personalrats.

Mit 15 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Dr. Anselmann, Appel, Bader, Baumann, Bortz, Frühwirt, Kurz, J. Müller, Reinig, Dr. Sandner, Schilling, Unverfehrt, Werner und Woesch), 6 Gegenstimmen (Stadträte Feuchter, Hahn, Lindenbach, N. Müller, Dr. Pfisterer, und Stern) und 2 Enthaltungen (Stadträte Hassenpflug und Kettenmann) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Personalangelegenheiten)

Die Verwaltung wird ermächtigt, über die tarifvertragliche Quote hinausgehende Altersteilzeitarbeitsverhältnisse im Sinne des Altersteilzeitgesetzes zu vereinbaren.

9. EDV

35/2020

Beschaffung von Lizenzen für MS-Office und Windows

Oberbürgermeister Reinwald schildert kurz den Sachverhalt.

Stadträtin Werner möchte wissen, ob grundsätzlich im Abo gekauft wird oder einzelne Lizenzen gekauft werden.

Oberbürgermeister Reinwald möchte dies zunächst klären und die Antwort nachreichen. Er bittet um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss
(Kennwort: EDV)**

Der Beschaffung von 20 Windows10 und 30 MS-Office-Lizenzen zum Anschaffungspreis von 13.113,20 € wird zugestimmt.

10. Verschiedenes

Oberbürgermeister Reinwald informiert über die aktuelle Coronasituation und darüber, dass Sportanlagen, die sich im städtischen Eigentum befinden, geöffnet werden könnten. Vereine müssten ein Hygienekonzept vorlegen. Bolzplätze könnten ab dem 1. Juni 2020 wieder geöffnet werden. Da Verordnungen mehrfach am Wochenende verkündet würden, sei eine Umsetzung der Regelungen meist erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich. Er bittet deshalb um Verständnis.

Oberbürgermeister Reinwald kündigt an, dass die Entscheidung bezüglich des Stattfindens der Kerwen in Leimen und St. Ilgen nach den Pfingstferien getroffen werde. Gegebenenfalls wäre im September eine kleinere Festivität der Vereine denkbar, sollte sich in der Verordnung zum Thema Großveranstaltungen etwas ändern.

Oberbürgermeister Reinwald informiert über den aktuellen Sachstand zur Breitbandverkabelung „fibernet“ in St. Ilgen-Süd. Die Submission ist am 10. Juni 2020. Der Ausbau soll von Juli bis Ende Oktober 2020 laufen. Die Inbetriebnahme ist Ende 2020 /Anfang 2021 geplant.

Oberbürgermeister Reinwald weist darauf hin, dass der virtuelle Stadtrundgang nun freigeschaltet ist.

Stadtrat Reinig hat eine Anmerkung zum Tagesordnungspunkt 6 – Lärmaktionsplan. Es sei hervorgegangen, dass der Wunsch bestehe, die Dreißiger-Zone wesentlich auszuweiten. Er habe dieses Votum als Auftrag an die Stadt Leimen gesehen, Möglichkeiten zu prüfen und in der öffentlichen Auslegung die Bereiche auszuweisen, die genannt wurden.

Oberbürgermeister Reinwald

sagt zu, dass die Anregungen geprüft werden, jedoch werde nicht alles rechtlich möglich sein. Soweit die Umsetzung der Vorschläge möglich sei, würden diese miteingebracht. Auch Anwohner könnten entsprechende Bedenken und Anliegen äußern.

Stadtrat Frühwirt

fragt, ob Leimen die Plattform „Raum und Monitor“ der Metropolregion Rhein-Neckar nutzt. Bereits 70 % der Kommunen würden diese Plattform nutzen.

Stadtverwaltungsrat Gora

verneint dies.

Oberbürgermeister Reinwald

sagt, man werde sich die Plattform ansehen und entsprechend eine Information für den Gemeinderat vorbereiten.

Stadtrat Feuchter

hat eine Frage bezüglich des entfallenen Ferienprogramms. Die Kinderbetreuung sei derzeit sowieso problematisch. Er möchte wissen, ob Ersatzmaßnahmen geplant sind.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, dass man sich diesbezüglich Gedanken mache und den Gemeinderat informiere, sobald die Entscheidung spruchreif ist.

11. Fragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Reinwald um 19.34 Uhr die öffentliche Sitzung.

Greiner
Protokollführerin

Reinwald
Oberbürgermeister

Urkundspersonen:

Stadträtin J. Müller

Stadträtin Schilling